

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Sylvia Bruns, Björn Försterling, Susanne Schütz, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Thomas Brüninghoff, Christian Grascha und Hillgriet Eilers (FDP)

Schafft die Landesregierung Doppelstrukturen im Bereich der medizinischen Versorgung?

Anfrage der Abgeordneten Sylvia Bruns, Björn Försterling, Susanne Schütz, Dr. Stefan Birkner, Jörg Bode, Thomas Brüninghoff, Christian Grascha und Hillgriet Eilers (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 02.06.2020

Die Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, Birgit Honé, plant laut *Rundblick Niedersachsen* vom 18. Mai 2020, einen Lenkungskreis aus Regional-, Sozial- und Innenministerium, Landkreistag, KVN, AOK und Bundesagentur für Arbeit einzusetzen, der sich mit den Themen der ärztlichen Versorgung auf dem Land, einem Modellprojekt für „regionale Versorgungszentren“ und dem Einsatz von Tele-Medizin befassen soll. Schon im vergangenen Jahr gab es eine Arbeitsgruppe MS, die sich mit ähnlichen Themenfeldern wie die Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen - für eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung“ (EkmedV) befasst hat. Diese wurde aber zur Vermeidung von Doppelungen aufgelöst (siehe dazu die Antwort auf die Kleine schriftliche Anfrage „Geheime Arbeitsgruppe im MS?“ - Drucksache 18/4161)

Die Arbeit der Landesregierung an der Bewältigung der Corona-Krise soll durch diese Anfrage nicht behindert oder erschwert werden. Soweit die Beantwortung der Fragen vor diesem Hintergrund nicht innerhalb der üblichen Frist erfolgen kann, erwarten die fragenden Abgeordneten eine entsprechende Rückmeldung durch die Landesregierung.

1. Aus welchem Grund wird der eingangs beschriebene Lenkungskreis eingerichtet, wenn es bereits die EkmedV gibt?
2. Ist das Vorgehen der Ministerin Honé, auf vorläufige Teilergebnisse der EkmedV Bezug zu nehmen und nicht auf das Endergebnis zu warten, mit dem MS abgestimmt?
3. Auf welche rechtliche Grundlage stützt sich der Vorschlag der Ministerin zur Telemedizin?